

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig lobt die Sparbemühungen der vergangenen Jahre und bedankt sich bei der Haushaltsstrukturkommission für die dabei geleistete Hilfestellung. Er stellt die Herausforderungen und Probleme heraus, die sich im Bereich der öffentlichen Verwaltung in Bezug auf Sparbemühungen ergeben. Insbesondere auf dem Personalsektor habe man bisher in puncto Stelleneinsparungen viel erreicht. Um die Funktionsfähigkeit der Verwaltung gewährleisten zu können, müsse das Einsparungsziel in diesem Bereich allerdings für das Haushaltsjahr 2017 von 50 % auf 30 % der frei werdenden gesetzlich nicht gebundenen Stellen herabgesetzt werden.

Rm Sauer (CDU) betont die Wichtigkeit der freiwilligen Leistungen, da anderenfalls noch viel höhere Kosten auf die Stadt zukommen würden. Sie stimmt einer Reduzierung des Einsparungsziels an Personalstellen zu.

Die Ratsfraktion FBG spricht sich auch für eine Reduktion der Stelleneinsparungen aus, fragt aber an, ob diese im Haushaltsjahr 2017 ganz ausgesetzt oder zumindest bis auf 20 % reduziert werden könne. Insbesondere im Bereich des Zentralen Gebäudemanagements bestehe ein hoher Personalbedarf.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig plädiert für eine harte Konsolidierungspolitik. Er weist darauf hin, dass es sich bei der Quote um frei werdende Stellen handle, die gesetzlich nicht gebunden seien und sich unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nicht rechnen würden. Im Bereich des Zentralen Gebäudemanagements würden sogar zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Herr Pontius (Fraktionsvorsitzender Ratsfraktion AfD) erkundigt sich, welche Möglichkeiten für die Stadt Koblenz bei Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips durch das Land bestünden, hiergegen vorzugehen. Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, dass das Konnexitätsprinzip nur in der Landesverfassung und nicht in der Bundesgesetzgebung verankert sei. Zudem würden Gesetze durch das Land so formuliert, dass sie nicht zu direkten materiellen Ansprüchen der Kommunen führten. Zudem würden die Kostenprognosen des Landes und der Kommunen voneinander abweichen. Wichtig sei daher, im Zusammenschluss mit den anderen Kommunen Forderungen gegenüber dem Land zu bekunden.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer bedankt sich in Bezug auf die Konsolidierungsanstrengungen für die gute Zusammenarbeit der Haushaltsstrukturkommission, der Verwaltung sowie der Ratsmitglieder. Bund und Land würden derzeit nicht dazu beitragen, die finanzielle Situation der Kommunen erheblich zu verbessern. Die CDU-Fraktion werde allerdings weiterhin ein Auge auf zusätzliche Einnahmemöglichkeiten und unnötige Ausgaben halten.

Es liegt ein Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, in der Anlage 01 zur Beschlussvorlage in Punkt 7 die Formulierung „und prinzipiell auszuschöpfen“ durch „und mit dem Stadtrat abzustimmen“ zu ersetzen. Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig spricht sich gegen den Änderungsantrag aus, weil er die Fortschreibung der bisherigen Eckwertebeschlüsse für wichtig hält. Die antragstellende Fraktion zieht ihren Antrag zurück.